

*Die Entschließung des Rates vom 20. Mai 2014 über den Strukturierten Dialog einschließlich der sozialen Inklusion junger Menschen legte eine vereinfachte Architektur für die Durchführung des Strukturierten Dialogs fest. Sie beinhaltet, dass alle Beteiligten in der ersten Phase jedes 18-monatigen Arbeitszyklus ein gemeinsames Verständnis sowie einen Bottom-up-Ansatz für das vom Rat festgelegte Schwerpunktthema ausarbeiten, die als Orientierungsrahmen für den Dialog in den anschließenden Phasen dienen sollen. Jugendvertreter\_innen sowie Vertreter\_innen der nationalen Jugendbehörden, die sich vom 13.-15. Oktober 2014 auf der EU-Jugendkonferenz in Rom trafen, verabschiedeten einen entsprechenden Orientierungsrahmen für den 4. Zyklus des Strukturierten Dialogs zum Thema „Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation“:*

## **ORIENTIERUNGSRAHMEN**

### **Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation**

Eine wirkliche politische Teilhabe junger Menschen kann nur gelingen, wenn junge Menschen als gleichberechtigte Akteur\_innen fester Bestandteil von politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen werden. Da auf der lokalen Ebene, die jungen Menschen am nächsten steht, nur wenige Beteiligungsstrukturen vorhanden sind, ist die Einbeziehung junger Menschen „von unten nach oben“ (Bottom-up) nicht einfach.

Auf allen Ebenen gibt es formale Hürden, die einer politischen Teilhabe junger Menschen im Wege stehen, z.B. fehlende Transparenz, Altersbeschränkungen und Auswahlkriterien, um sich zur Wahl zu stellen. Weitere Hürden sind fehlende politische Bildung, geringes Vertrauen in demokratische Prozesse und dass die Belange junger Menschen selten in der allgemeinen Politik berücksichtigt werden. Zudem sind Politiker\_innen sowie politische Institutionen oft nicht in der Lage oder nicht Willens, gemeinsam mit jungen Menschen an politischen Prozessen zu arbeiten.

Da gesetzliche Rahmenvorgaben fehlen, werden junge Menschen oft in Form von Befragungen beteiligt. Dabei sind sie allerdings selten gleichberechtigte Partner\_innen und können oft den Einfluss ihrer Beiträge auf den weiteren politischen Prozess und die Ergebnisse nicht nachvollziehen. Dies führt zu einem wachsenden Mangel an Vertrauen und Interesse junger Menschen und einem Desinteresse an Politik und die herkömmlichen Formen politischer Teilhabe und zeigt sich darin, dass immer weniger junge Menschen an Wahlen teilnehmen oder sich für ein politisches Amt zur Wahl stellen.

Wenn politische Entscheidungen getroffen werden, die das Leben junger Menschen betreffen, betrachten viele politische Akteur\_innen, darunter Institutionen, Politiker\_innen und Entscheidungsträger\_innen, weder junge Menschen noch Jugendorganisationen als relevante Ansprechpartner\_innen und sprechen ihnen damit die Möglichkeit ab, Einfluss zu nehmen. Die herkömmlichen Mittel der politischen Partizipation sind intransparent und es fehlt an einer Rechenschaftspflicht von Entscheidungsträger\_innen gegenüber jungen Menschen. Dies bedeutet auch, dass Flexibilität und moderne Instrumente und Techniken fehlen, um den Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden.

Bereits in jungen Jahren politische Partizipation erleben und selbst Entscheidungen treffen zu können, ist für junge Menschen eine entscheidende Erfahrung auf dem Weg zu einer aktiven

Bürgerschaft. Nicht in allen EU-Mitgliedsstaaten ist eine umfassende Ausbildung zur politischen Partizipation fester Bestandteil der schulischen Bildung. Darüber hinaus gibt es weiterhin Barrieren, die jungen Menschen den Zugang zu und die Teilnahme an Angeboten der außerschulischen Bildung verwehren. Politische Bildung verbindet oft nicht schulische und außerschulische Bildungsangebote, wodurch die verwendeten Methoden den Bedürfnissen junger Menschen nicht immer gerecht werden.

Wenn Lehrkräfte und Schüler\_innen nicht motiviert sind und es an einer generellen Partizipationskultur innerhalb schulischer Bildungssysteme mangelt, beteiligen sich weniger junge Menschen an politischen Prozessen. Eine weitere Herausforderung stellt die unzureichende Einbindung und die fehlende Zusammenarbeit mit einer großen Zahl anderer Akteur\_innen dar.

Alle jungen Menschen zu informieren und einzubeziehen, ist wichtig, um demokratische Prozesse abzusichern und zu stärken und die Kluft zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger\_innen zu überbrücken. Junge Menschen sind keine homogene Gruppe. Das stellt Jugendorganisationen, Pädagog\_innen, Medien, politische Organe und andere Akteur\_innen vor die Herausforderung, junge Menschen gut zu informieren und sinnvoll einzubeziehen und sich nicht dem Vorwurf der „Symbolpolitik“ auszusetzen. Junge Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten in politische Prozesse einzubeziehen und zu vertreten, bleibt ein Problem, nicht nur für Jugendorganisationen.

Finanzielle und andere Mittel reichen oft nicht aus, um junge Menschen aus allen sozialen Schichten erfolgreich zu befähigen, an politischen Prozessen teilzuhaben.

## **ANHANG: HINTERGRUND UND PROZESS DES 4. ZYKLUS DES STRUKTURIERTEN DIALOGS ZUM EMPOWERMENT JUNGER MENSCHEN ZUR POLITISCHEN PARTIZIPATION**

Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union führt ein neues Prinzip der partizipativen Demokratie ein, in dem die Rolle der Zivilgesellschaft und die Rolle von Nichtregierungsorganisationen ausdrücklich berücksichtigt werden. Der vom EU-Ministerrat eingeführte Strukturierte Dialog hat seit 2009 das Ziel, junge Menschen zu konsultieren und ihre Teilhabe an der Entwicklung europäischer Politik zu verbessern.

Die Triopräsidentschaft von Italien, Lettland und Luxemburg hat zusammen mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Jugendforum das Thema Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation als europäisches Schwerpunktthema für den 18-monatigen Arbeitszyklus von Juli 2014 bis Dezember 2015 vorgeschlagen. Dieses Thema war das Ergebnis einer Konsultation mit den Nationalen Arbeitsgruppen und internationalen Jugendorganisationen (INGYOs) in der zweiten Jahreshälfte 2013. Die Entschließung des Rates vom 20. Mai 2014 befürwortete diesen Vorschlag und startete damit den vierten Zyklus des Strukturierten Dialogs.

Das Schwerpunktthema im vierten Zyklus des Strukturierten Dialogs sollte auch im Kontext von Artikel 165 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gesehen werden, der festlegt, dass die Union die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa fördern sollte und damit die Bedeutung der politischen Teilhabe junger Menschen in der Europäischen Union unterstreicht.

Im Anschluss an die Auswertung des Strukturierten Dialogs und die Entschließung des Rates vom 20. Mai 2014 vereinbarte der Europäische Lenkungsausschuss einen Umsetzungsplan auf der Grundlage der erneuerten Struktur des Dialogs.

Im ersten Teil der EU-Jugendkonferenz in Rom sammelten Teilnehmende Ideen für einen Orientierungsrahmen, der ein gemeinsames Verständnis des Themas bietet, das während der 18 Monate bearbeitet wird. In diesem Plan wurden außerdem der Kontext für die Beteiligungsrunde definiert und die Leitfragen formuliert.

Die Ergebnisse der Konsultation, die von Oktober 2014 bis März 2015 durchgeführt wird, fließen in die Empfehlungen zum Thema politische Teilhabe ein, die in der zweiten Phase erarbeitet werden.

Die bei den Konsultationen gesammelten Vorschläge werden auf der EU-Jugendkonferenz in Lettland diskutiert. Junge Menschen und Entscheidungsträger\_innen werden auf der Konferenz Empfehlungen zum Empowerment junger Menschen zur politischen Teilhabe am demokratischen Leben in Europa erarbeiten. Die Empfehlungen werden weitergeleitet und auf höchster Ebene mit den 28 EU-Jugendminister\_innen diskutiert.

In der dritten Phase liegt der Fokus auf der Formulierung konkreter Handlungen, um die Empfehlungen zum Empowerment junger Menschen zur politischen Teilhabe weiterzuentwickeln und den Prozess abzuschließen. Jugendvertreter\_innen und ihre Organisationen sowie Expert\_innen und Behörden werden das Feedback aus der Debatte mit den Minister\_innen in

den Mitgliedsstaaten und auf der EU-Jugendkonferenz in Luxemburg analysieren. Die gemeinsamen Empfehlungen, die daraufhin in Luxemburg verabschiedet werden, werden an den Rat der Europäischen Union weitergeleitet, der über die Einarbeitung dieser Empfehlungen in eine Entschließung des Rates beraten wird, die den Arbeitszyklus beendet.